

An

## Stellungnahme zum B-Plan Bahrenfeld 73

Die Seveso-III-Richtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten dafür zu sorgen, dass in ihren Politiken der Flächenausweisung oder Flächennutzung das Ziel berücksichtigt wird, schwere Unfälle zu verhüten und ihre Folgen zu begrenzen. Konkretisierend führt die Richtlinie dazu aus, dass zwischen Betrieben, die unter den Anwendungsbereich der Störfallverordnung fallen und schutzwürdiger Nutzung wie z.B. Wohngebieten ein angemessener Abstand gewahrt werden soll. Diese Forderung wurde mit § 50 BImSchG in deutsches Recht umgesetzt. Mit dem Leitfaden 18 der Kommission für Anlagensicherheit sind Konventionen für die Ermittlung des angemessenen Sicherheitsabstands festgelegt worden, die bundeseinheitlich eingehalten werden.

Dort ist der angemessenen Sicherheitsabstand als der Abstand definiert, an dem der Konzentrationsleitwert ERPG-2 unterschritten wird. Der ERPG-2 Wert beschreibt die maximale luftgetragene Konzentration unterhalb derer angenommen wird, dass Menschen dieser 1 Stunde ausgesetzt werden können, ohne dass ihnen irreversible oder andere gravierende Gesundheitseffekte widerfahren, die ihre Fähigkeit beeinträchtigen können, Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

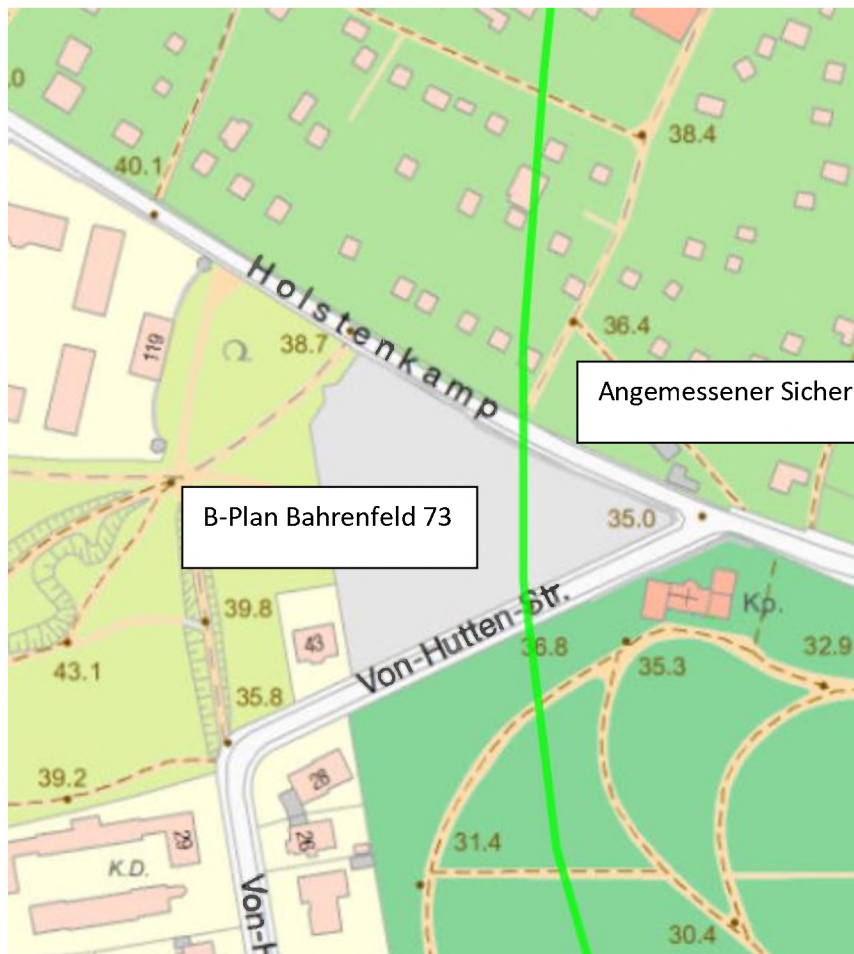
In einer Entfernung von ca. 555 m zum Plangebiet Bahrenfeld 73 liegt der Störfallbetrieb Gerling, Holz und Co Handelsgesellschaft, Ruhrstr. 113, 22761 Hamburg. Der Betrieb handelt mit Kältemitteln und Spezialgasen. Durch die Lagerung und Abfüllung von toxischen und entzündbaren Gasen unterliegt der Betrieb der 12. BImSchV (Störfallverordnung).

Der ausschlaggebende Gefahrstoff Chlor ist ein Reizgas, das an allen kontaktierten Geweben, z.B. Lunge, starke Reizungen oder Verätzungen verursacht und in die Gefahrenkategorie akut toxisch Kategorie 2 eingestuft wird. Als Störfallszenario wird eine fiktive Leckage eines handelsüblichen Einzelgebundes betrachtet. Die Lagerung der befüllten Einzelgebünde findet im Freien statt.

Die Anlagen entsprechen dem Stand der Sicherheitstechnik. Eine Verlagerung ist nicht möglich.

Der angemessene Sicherheitsabstand beträgt 600 m.

Der angemessene Sicherheitsabstand von 600 m reicht in den Bebauungsplanbereich Bahrenfeld 73 hinein. Die genaue Grenze ist der folgenden Skizze zu entnehmen.



Angemessener Sicherheitsabstand 600 m

B-Plan Bahrenfeld 73



*Angemessener Sicherheitsabstand Gerling, Holz & co GmbH - 600 Meter an Grundstücksgrenze*





Eingangsnummer:

**Nr.: 1039**

**Details**

eingereicht am:	Verfahren:	k.A.
12.11.2024	Verfahrensschritt:	Beteiligung TöB
	Institution:	BUKEA-Immissionsschutz und Abfallwirtschaft
	Abteilung:	Immissionsschutz
	Eingereicht von	
	(Vor- u. Zuname):	XXXXXXXXXX
	Im öffentlichen Bere-	Nein
	ich anzeigen:	
	Planunterlage:	Begründung zum AK 1
	Kapitel:	3.2.5. Störfall-Verordnung

**Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

folgend die Stellungnahme der BUKEA/I1 (Grundsatz Störfallvorsorge) hinsichtlich der Abstandproblematik nach § 50 BImSchG, die sich auf die Auswirkungen von schweren Unfällen im Sinne des Artikels 3 Nr. 13 der Richtlinie 2012/18/EU (Seveso III RL) in Betriebsbereichen entsprechend der Störfallverordnung (12. BImSchV) bezieht.

In der Begründung zum B-Plan wird richtigerweise berücksichtigt, dass Teile des Plangebietes innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes eines Störfallbetriebsbereiches liegen. Das hiervon betroffene Gebäude wird – auch in damalig erfolgter Absprache mit ABH - nicht als schutzwürdig eingestuft, da dessen BGF unter 5000 m<sup>2</sup> liegt.

Nach Auffassung der BUKEA/I1 sollte jedoch ein Hinweis in folgender Sache die Planunterlagen aufgenommen werden:

Die Ausführungen in den B-Plan-Unterlagen zum Thema der Störfallbetriebe beziehen sich ausschließlich auf die Möglichkeiten zur Errichtung des in Rede stehenden Gebäudes - Weil auch nur dieses hinsichtlich der Schutzwürdigkeit bewertet wird. Es handelt sich nicht um eine wertende Abwägung, die die störfallrechtlichen Belange ganzheitlich berücksichtigt. Zukünftige Vorhaben innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes, die im Sinne des Störfallrechtes als Schutzwürdig einzustufen sind, müssen weiterhin in jedem Einzelfall geprüft werden.

Begründung:

Die Ausführungen in der Begründung des B-Plans könnten im Zuge von zukünftigen Bauanträgen fälschlicherweise als eine Art „Ausreichende Wertung“ aller Störfallbelange für das gesamte Plangebiet missinterpretiert werden könnte. Weshalb eine benötigte Prüfung der störfallrechtlichen Belange ausbleiben könnte.

Beispielsweise, weil es im Bauprüfdienst 2018-2 (PBD) im Ablaufschema zur Prüfung Störfall-

rechtlicher Belange als dritten Prüfpunkt heißt: „*Liegt dem Vorhaben ein Bebauungsplan zugrunde und wurden die störfallrechtlichen Belange darin berücksichtigt?*“ und sofern dies zuträfe -> „*Weitere Prüfung der Störfall-Thematik ist nicht erforderlich*“.

Da die betroffenen Flächen als „allgemeines Wohngebiet“ ausgewiesen sind, ist es vorstellbar, dass zukünftig weitere schutzwürdige Nutzungen wie z.B. KiTas in diesem Bereich angesiedelt werden könnten.

Beste Grüße

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

BUKEA

Grundsatz Störfallvorsorge - I1XXXX

Telefon 040/428 40 - XXXX